

Antrag

der Abgeordneten Oliver Krischer, Lisa Badum, Annalena Baerbock, Katharina Dröge, Harald Ebner, Stefan Gelbhaar, Britta Haßelmann, Dr. Bettina Hoffmann, Christian Kühn (Tübingen), Renate Künast, Steffi Lemke, Dr. Ingrid Nestle, Markus Tressel, Dr. Julia Verlinden, Daniela Wagner und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Klima schützen, Kohle stoppen, Hambacher Wald erhalten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der hunderte Jahre alte Hambacher Wald ist seit langer Zeit Gegenstand der öffentlichen Auseinandersetzungen zwischen RWE auf der einen sowie Umweltschutzorganisationen und Initiativen auf der anderen Seite. Das Unternehmen behauptet, wenn diesen Herbst der verbliebene Rest Hambacher Wald nicht gerodet werde, müsse der Tagebau stillgelegt werden. Genau das hatte RWE auch schon letztes Jahr behauptet. Doch obwohl das Gericht die Rodungen damals stoppte, lief der Tagebau weiter. RWE versucht, mit der gleichen, schon letztes Jahr falschen Behauptung, die Rodungen politisch durchzusetzen.

Der Hambacher Wald ist inzwischen zum Symbol für den Widerspruch zwischen der Kohleverstromung und dem Natur- und Klimaschutz geworden. Die immensen CO₂-Emissionen der Kohlekraftwerke und die zerstörerische Wucht der Tagebaue sind die Zeugen der alten Energiewelt. Jeder weiß inzwischen, dass Deutschland nicht Klimaschutzland sein und Kohleland bleiben kann. Jeder weiß, dass das Abbaggern ganzer Landschaften, die Verlagerung von Dörfern und die Umsiedlung tausender Menschen beendet werden muss.

Die Bundesregierung hätte daraus längst Konsequenzen ziehen und den Kohleausstieg verbindlich und schnell einleiten müssen. Diese Entscheidung hat sie jedoch in die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (Kohle-Kommission) verschoben, die nunmehr versuchen soll, den Weg für einen gesellschaftlichen Kompromiss und einen sozialverträglichen Ausstieg aus der Kohlenutzung aufzuzeigen.

Es ist fatal, dass die Arbeit der Kohle-Kommission jetzt durch den RWE-Konzern und seine Eskalationsstrategie belastet wird. Die Kommission kann nicht ernsthaft nach Lösungen suchen und zeitgleich fallen im Hambacher Wald unter massivem Polizeischutz jahrhundertealte Eichen. Es kann nicht sein, dass der Wald gerodet wird, solange die Kommission arbeitet, sonst droht die Kommission zur Farce zu werden. Ein Kohlekonzern, der im Rheinland für seinen Tagebau Flüsse, Dörfer und Autobahnen wie Spielzeug verlegt, ist auch in der Lage, so zu baggern, dass der Rest des Hambacher Waldes erhalten werden kann.

Ohnehin sind die Tage der klimaschädlichen Braunkohle gezählt. Denn um die Klimaziele zu erreichen ist es unabdingbar, spätestens im Jahr 2020 alte Kohlekraftwerke stillzulegen. Aus dem Tagebau Hambach werden einige der ältesten Braunkohlekraftwerke versorgt. Gerade hier weitere Rodungen für den Braunkohleabbau durchzusetzen, ergibt keinen Sinn und steht in keinem Verhältnis zu dem dadurch verursachten gesellschaftlichen und ökologischen Schaden.

Wenn die Bundesregierung die von ihr selbst eingesetzte Kohle-Kommission ernst nimmt, muss sie gegenüber RWE und der Landesregierung Nordrhein-Westfalen dafür sorgen, dass im Hambacher Wald die Kettensägen ausgeschaltet bleiben.

II. Der Deutsche Bundestag

1. kritisiert, dass RWE mit Unterstützung der Landesregierung Nordrhein-Westfalens eine unnötige Eskalation des Konflikts heraufbeschwört;
2. appelliert an alle Beteiligten für einen friedlichen und gewaltfreien Protest und verurteilt Gewaltanwendung;
3. fordert ein Moratorium für die Rodung des Hambacher Waldes, zumindest so lange bis die Kommission „Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung“ („Kohlekommission“) ihre Arbeit beendet hat;
4. fordert die Bundesregierung auf, ihren bisherigen Kurs zu verlassen und unverzüglich und mit allem Nachdruck in Gespräche mit der Landesregierung Nordrhein-Westfalens und der RWE AG zu treten, um ein Moratorium für die Rodung und eine sofortige Unterbrechung der Räumungsaktivitäten zu erreichen.

Berlin, den 28. September 2018

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.